



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/92 - 23. April 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831 - 93
Fernschreiber 0896390

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Der "Diplomaten-Prozess" Von Dr. Dr. Gustav Heinemann, MdB	57
3	<u>Das Minuten-Interview:</u> MdB Kurt Pohle zum Problem der Kriegsopferversorgung	26
4 - 5	Ohnmächtige Gewerkschaften in Italien Auswirkungen der Spaltung Von unserem Korrespondenten in Rom, Franco Magnani	108
6	Dänemark - Brücke zwischen Skandinavien und dem europäischen Festland Riesige Verkehrsprojekte	47
7	Aufklärung in Rentenfragen Komplizierte Gesetze erfordern Unterrichtung der Versicherten	55

Zur Beachtung: Wir veröffentlichen in unserer nächsten Ausgabe den vollen Wortlaut des Briefwechsels zwischen Professor Gerhard F o l l w i t z e r und dem polnischen Außenminister R a p a c k i über das Thema: "Militärisch verdrängte Zone in Mitteleuropa".

* * *

* * *

Der "Diplomaten-Prozess"

Von Dr. Dr. Gustav Heinemann, MdB

Der mit dem Urteil der Bonner Strafkammer vom 22.4.1959 beendete Prozess gegen den früheren Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und jetzigen Präsidenten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Prof. Dr. Hallstein, sowie den Botschafter der Bundesrepublik in Frankreich und bei der NATO, Blankenhorn, wird als der "Diplomaten-Prozess" in die Geschichte der Bundesrepublik eingehen. Blankenhorn wurde zu vier Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt, Hallstein mangels ausreichender Beweise freigesprochen.

Das Thema des Prozesses ist schnell gesagt: die Angeklagten gaben 1953 die unwahre Behauptung eines Ägypters, daß der Ministerialrat Dr. Strack im Wirtschaftsministerium sich habe bestechen lassen, in einer Weise an den Bundeswirtschaftsminister weiter, die das Gericht bei Blankenhorn als eine eigene vorsätzlich falsche Anschuldigung gewertet hat. Über diesen strafrechtlichen Gehalt wird wahrscheinlich das Bundesgericht in Karlsruhe noch ein letztes Wort sprechen. Für die Öffentlichkeit aber bleibt in jedem Falle das tief unerquickliche Bild bestehen, das dieser Prozess von der Bonner Ministerialbürokratie entrollt hat.

Sechs Jahre lang brachten Bundeskanzler und Bundesminister, Staatssekretäre und Personalchefs der beteiligten Ministerien es nicht fertig, den wahrlich höchst einfachen Sachverhalt aus der Welt zu räumen und einem zu Unrecht beschuldigten Beamten eine Genugtuung zu verschaffen. Niemand griff durch, sondern jeder schob in der Verklebung von persönlichen Rücksichten oder formalen Zuständigkeiten das klärende Wort weiter. Der Mangel an Zivilcourage vieler Beteiligten und die Blutleere ihrer menschlichen Anteilnahme bei aller intellektuellen Fähigkeit bleiben erschütternd.

Wieder einmal, wie zu Hitlers Zeiten, sahen Kollegen und Vorgesetzte alles Mögliche, vielmehr Unmögliches mit an, ohne aufzubegehren. Was sich hier jahrelang abspielte, ist nichts anderes als das hohle Funktionieren einer entseelten Apparatur gewesen.

Als schliesslich parlamentarische Anfragen gestellt und Vorstellungen vom Deutschen Beamtenbund erhoben wurden, gab es halb wahre und un wahre Antworten. Die Justiz aber, bereits 1953 durch einen Strafantrag von Dr. Strack gegen "Unbekannt" angerufen, brauchte sechs Jahre, um den Spruch zu sagen!

Als der Prozess am 21.3.1959 eröffnet wurde, erklärte Prof. Hallstein, dass er die endlich beginnende Gerichtsverhandlung als eine Befreiung von langer Bedrückung begrüsse. Das sagte ausgerechnet der Mann, der sich 1954 beim Bundeskanzler darüber beschwerte, dass das Wirtschaftsministerium von der Justiz angeforderte Akten zur Verfügung stellte, woraufhin das Bundeskanzleramt anordnete, dass dem Prozess weder durch Akten noch durch Aussage-Genehmigung für Beamte ein Vorschub geleistet werden dürfe!

Sogar noch nach Erhebung der Anklage erklärte im November v. Js. die Bundesregierung, dass Blankenhorn "pflichtgemäss" gehandelt hätte. Für Dr. Strack aber fand sie kein Wort! Niemand wollte einstehen für das, was an Bezeichnungen ausgesprochen worden war. Niemand machte wieder gut, als es längst klar war, dass der Vorwurf der Bestechung zu Unrecht erhoben war. Zwar versuchte man, durch Beförderungsgesuche den anzeigenden Dr. Strack zur Ruhe zu bringen, aber man hielt es nicht für möglich, dass ein Beamter zunächst einmal klargestellt wissen wollte, wie sehr andere Beamte, nämlich zumindest die Angeklagten, sich zu korrigieren hätten.

Hier kann man nur fragen: Wieviel Fälle einer selbstherrlichen Bedrückung von Untergebenen mögen wohl in Bonn passiert sein, bis endlich einmal e i n e r Widerstand und auch von der Höheren der Bürokratie ein Wort der Entschuldigung für begangenes Unrecht verlangte?!

Der Aufwand an Akten, Konferenzen - bis hin zu einem geheimen Kabinettsausschuss - und an schliesslich vom Gericht vernommenen Zeugen, die im Laufe der Jahre nach Kairo, Paris, Brüssel, Madrid, Tokio und Washington verstreut waren, ist ein Kapitel für sich.

Was muss eigentlich noch passieren, damit in Bonn wirklich einmal etwas passiert? Die Strafkammer sagte in der Urteilsverkündung mit Recht, dieser Prozess war nötig, um den Staat davor zu bewahren, dass er wieder einmal aus dem Fugen geht!

Das Minuten-Interview:

MdB Kurt Pohle

zum Problem der Kriegsopferversorgung

SPD-Pressedienst: Herr Abgeordneter Pohle, Sie sind seit Jahren massgebend an allen gesetzgeberischen Aktionen des Bundestages zur Regelung der Kriegsopferversorgung tätig. Wie beurteilen Sie die Tatsache, dass die Regierungsparteien am Mittwoch dieser Woche mit ihrer absoluten Mehrheit den Versuch der Sozialdemokraten und Freien Demokraten verhindert haben, das Problem der Kriegsopferversorgung zu debattieren?

MdB Kurt Pohle: Es zeigt sich immer mehr, dass von der Regierung eine Verschleppungstaktik in der Behandlung der Kriegsopferfragen geübt und von den Regierungsparteien unterstützt wird. Die Fraktionen der CDU/CSU und der Deutschen Partei haben nicht einmal entsprechende Anträge ihrer eigenen Parteifreunde, die diese im Bundestag eingebracht hatten, zur Debatte gestellt.

Das ist eine Entwicklung, die auch staatspolitisch bedauerlich ist. Die Opfer des ersten und zweiten Weltkrieges - das sind immer noch rund 3 1/2 Millionen Bürger unseres Staates! - wurden um eine Hoffnung ärmer gemacht, nachdem nach allen vorangegangenen Erklärungen mit einer zügigen Neuordnung der Kriegsopferversorgung gerechnet werden konnte.

Wenn es der CSU und ihrem Vorsitzenden Dr. Höcherl mit der Erklärung vom 5. November 1956 ernst gewesen wäre, sich auch für Überbrückungshilfen einzusetzen, dann hätte Herr Dr. Höcherl jetzt mindestens, fünf Monate danach, die Gelogenheit gehabt, zu seinem Wort zu stehen.

Man hat jedoch von dieser Seite geschlossen den Antrag niedergestimmt, der die Bundesregierung auffordert, einen Gesetzentwurf zur Zahlung von Überbrückungshilfen vorzulegen.

Ohnmächtige Gewerkschaften in Italien

Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani

Den Betriebswahlen bei der "Fiat" mißt man in Italien stets eine große Bedeutung zu, denn sie deuten jeweils nicht nur auf die in Italien recht verworrene Lage der Gewerkschaften hin, sondern sie enthalten darüber hinaus einen deutlichen Hinweis auf die politische Entwicklung des Landes.

Am 7. April haben die 66.000 Betriebsangehörigen der "Fiat"-Fabrik (es ist dies die größte italienische Industrie) die Neubesetzung der "Commissione interna" gewählt, das heißt die Neubesetzung der Arbeiter-Vertretung im Betrieb. Die 200 Mitglieder der "Commissione interna" - die auf drei verschiedene Wahllisten verteilt sind - werden jeweils mit dem reinen Proporz-System gewählt. - Die Liste der "Liberi Lavoratori Democratici" vernahnte mit 33,3 Prozent am meisten Stimmen auf sich zu vereinen. Die I.L.D. ist eine lokale Betriebsgewerkschaft, die es nur in der "Fiat"-Fabrik gibt und die erst seit 1958 besteht. Diese betriebsgewerkschaftliche Bewegung ist aus der Spaltung der christlich-demokratischen CISL ("Confederazione Italiana Sindacati Liberi") hervorgegangen und wird heute von dem Gewerkschafter Arrighi und dem Abgeordneten Rapelli - einem alten Christlichdemokraten - geführt. Die Leitung der "Fiat" sieht diese neue Gewerkschaftsgruppe gern.

Auf die Wahlliste der CGIL ("Confederazione Generale Italiana del Lavoro"); welche sozialistische und kommunistische Arbeiter vertritt, sind 21,1 Prozent der Stimmen entfallen. Bis 1954 konnte die CGIL bei der "Fiat" auf die Mehrheit der Betriebsangehörigen zählen. Im Jahre 1955 ereignete sich der bekannte und immer wieder erwähnte Umsturz bei der "Fiat": die CGIL rückte nämlich von 63 Prozent auf 36 Prozent zurück; im Jahre 1957 - nach der Unterdrückung der ungarischen Revolution erhielt die CGIL sogar nur 21 Prozent der Stimmen. Ein Jahr später verzeichnete man einen kleinen Stimmenzuwachs (25,3 Prozent), auf den die Kommunisten viel Hoffnung setzten. Deshalb ist auch heute bei der Kommunisten die Enttäuschung über den erneuten Rückgang besonders groß.

Die Liste der christlich-demokratischen CISL hat 16,7 Prozent erlangt, was - gegenüber 1958 - einem Stimmenzuwachs von 3,8 Prozent gleichkommt. (1958 hatte die bereits erwähnte Spaltung stattgefunden). Auf die sozialdemokratische Gewerkschaftsunion, UIL, entfielen 26,5 Prozent der "Fiat"-Stimmen; die UIL hat somit, verglichen mit den Ergebnissen vorigen Jahres, einen leichten Rückgang erlitten.

Die gewerkschaftliche Situation bei "Fiat" kann als Musterbeispiel für die gegenwärtige Lage der Gewerkschaftsbewegung Italiens angesehen werden. Die Aufteilung in verschiedenen gewerkschaftlichen Gruppen ist politisch bedingt; diese Aufteilung vermindert jedoch die Macht der Gewerkschaften bei den Verhandlungen mit den Unternehmern ganz bedeutend.

Kommunisten und Sozialisten begründen ihre Niederlage mit der Einschüchterungsmethoden, welche die Arbeitgeber gegenüber den Aktivisten der CGIL angewandt haben sollen, sowie mit den paternalistischen Konzessionen gegenüber einem bestimmten Teil der Betriebsbelegschaft. Das ist eine Politik, die sich das Monopol der "Fiat" - dank der privilegierten Stellung, welche sie in der italienischen Wirtschaft einnimmt, - durchaus leisten kann. Es mag wohl etwas Wahres an der Erklärung für diese Niederlage sein; doch dies sind nicht die wahren Gründe für die schwierige Lage, in der sich die Gewerkschaftsbewegung Italiens heute befindet.

Betrachtet man die allgemeine gewerkschaftliche Situation, so erweist sich diese von derjenigen innerhalb der "Fiat"-Fabrik verschiedenen; doch es ist um die Stärke der Gewerkschaften bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern nicht viel besser bestellt. Die CGIL erreicht durchschnittlich bei den bedeutendsten Betriebsräten für die "Commissione interna" ungefähr 50 Prozent der Stimmen. Die andere Hälfte der Stimmen verteilt sich unter der christlich-demokratischen CISL und der sozialdemokratischen UIL, wobei zu sagen ist, daß die CISL bedeutend stärker als die UIL ist. Es mag bezeichnend sein, daß alle drei Gewerkschaften sich über einen mehr oder weniger bedeutenden Rückgang der eingeschriebenen Mitglieder beklagen. Die von Kommunisten und Sozialisten geführte CGIL hat sogar im Laufe des vergangenen Jahres einen Verlust von 400.000 Mitgliedern zugegeben. Die CISL und die UIL vermögen, bestenfalls, ihre organisierten Kräfte zu halten. Es ist also zweifellos bei den Arbeitern ein vermindertes Vertrauen in die gewerkschaftliche Aktion zu verzeichnen.

Trotz der Autonomie-Erklärung der in der CGIL wirkenden sozialistischen Kräfte vermag sich die CGIL kaum von der politischen Einmischung der Kommunistischen Partei zu befreien, die immer noch - obschon in einer weniger auffallenden Art und Weise als in den vergangenen Jahren - wirksam ist. Der Kommunist Novella, Generalsekretär der CGIL, wurde zum Präsidenten der von den Russen dominierten gewerkschaftlichen Weltorganisation ernannt.

Die christlich-demokratische CISL sieht sich heute vor einer heiklen Aufgabe gestellt. Sie steht einerseits vor ganz bestimmten sozialen Forderungen der Arbeiterschaft und andererseits vor der Notwendigkeit, im politischen Bereich die Handlung der die Regierung bildenden "Democrazia Cristiana" zu rechtfertigen, die heute ihre Stabilität den Rechtsparteien zu verdanken hat. Anlässlich des Nationalen Kongresses der CISL (März 1959) ist die Unzufriedenheit der lokalen Gewerkschafter gegenüber der Politik der "Democrazia Cristiana" (DC) deutlich zutage getreten. Auch die Leiter der CISL (es sei hier nur der Generalsekretär Storti erwähnt) sehen sich gezwungen, stets von der Unabhängigkeit ihrer gewerkschaftlichen Organisation von der DC und der Regierung zu sprechen. Der Kongreß der CISL fällt über die CGIL, die von den christlich-demokratischen Gewerkschafter als fünfte Kolonne des Kommunismus angesehen wird, ein scharfes Urteil; jedoch praktisch sehen sie sich in vielen Fällen gezwungen, die Aktionseinheit mit der sozialistisch-kommunistischen CGIL anzunehmen, weil es sonst äußerst schwierig ist, den Arbeitgebern gewisse Konzessionen zu entreißen.

Ungefähr zu gleicher Zeit wie die CISL tagte das Zentralkomitee der UIL. Auch da wurde der politische Eingriff der Kommunisten in die CGIL erwähnt, aber es wurde gleichzeitig anerkannt, daß die Aktionseinheit in manchen Fällen zur Notwendigkeit wird. Trotz den Bemühungen der Internationalen Vereinigung der freien Gewerkschaften weigert sich die UIL, sich der CISL anzuschließen. Ihre Aufgabe, sozialistisch gesinnte Arbeiter dem Einfluß der CGIL zu entziehen, würde somit entfallen.

Italien steht vor einem großen politischen Problem: es besitzt keine wirksamen Gewerkschaften, die bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern über genügend Macht verfügen. Die Wirksamkeit der Gewerkschaften kann in Italien nur dann erreicht werden, wenn die einzelnen Gewerkschaftsgruppen auf ihre absolute Unterordnung an politische Parteien verzichten. In diesem Falle könnte zu einer organischen Einheit der Gewerkschaften geschritten werden, welche imstande wäre, eine rein gewerkschaftliche der Struktur der modernen Wirtschaft angepaßte Politik zu betreiben und die Interessen der Arbeiter in einer demokratischen Staatsform zu wahren.

Dänemark -

Brücke zwischen Skandinavien und dem europäischen Festland

mu. - Dänemark ist das Land der reiselustigen Leute und die Brücke zwischen Skandinavien und dem europäischen Festland. Die Dänen müssen immer mehr Fähren und Brücken bauen, um ihre 500 Inseln miteinander zu verbinden und um vor allem den Anschluß nach Norden und Süden zu verdichten. In der bevorstehenden Saison wird der Reiseverkehr im Norden alle bisherigen Rekorde übertreffen.

Erstmalig müssen in diesem Sommer vier große Autofähren eingesetzt werden, um es nicht wieder zu tagelangen Wartezeiten der Automobile beiderseits des Großen Beltes bei Korsör auf Seeland und Nyborg auf Fynen kommen zu lassen. Man rechnet mit einem Autotransport von immerhin 900.000 Automobilen in diesem Jahr.

Diesen Verkehrsstrom wird man einfach nicht mehr mit Autofähren bewältigen können, die immerhin 75 Minuten für die Überfahrt benötigen. So ist denn jetzt das Projekt einer zweistöckigen und 22 Kilometer langen Brücke fertiggestellt worden, die den mit Schiffen dicht befahrenen Belt in 140 Meter Höhe überspannen soll. Das größte Brückenprojekt Europas soll annähernd eine Milliarde Mark kosten, ein Betrag, der für den dänischen Staatshaushalt keine Kleinigkeit ist. Spätestens in zehn Jahren glauben die Dänen ihre Brücke für den Verkehr freigegeben zu können.

Ein nicht minder großes Projekt für immerhin 250 Millionen Mark ist in diesen Wochen beiderseits des Fehmarnsundes auf der schleswig-holsteinischen Bauerninsel Fehmarn und der süddänischen Insel Lolland in Form der "echten Vogelfluglinie" in Angriff genommen worden. Hier werden Expreszugstrecken, Brücken und Fährhäfen sowie Autobahnen projektiert und vermessen, um eine Schnellverbindung über die kürzeste Ostseeroute von 19 Kilometern zu erreichen.

Im letzten Jahr wurden mit den Fähren 1,2 Millionen Fahrgäste und 130.000 Automobile über den Sund geschafft. Im nächsten Jahr werden bereits 1,4 Millionen Fahrgäste und 150.000 Personenkraftwagen erwartet. Daneben ist aber auch der Verkehr zwischen dem schwedischen Trelleborg und dem ostzonalen Saßnitz an Dänemark vorbei immer mehr angewachsen. Hier werden vom kommenden Sommer ab neben der bisher größten europäischen Eisenbahnfähre, der schwedischen "Trelleborg", die noch größere "Saßnitz" der Sowjetzone pendeln.

Mit drei Doppelfahrten täglich wollen in diesem Sommer zwei Fährschiffe mit einer Fahrt von je fünf Stunden zwischen dem norwegischen Kristiansand und dem norddänischen Hirtsholm über eine 130 Kilometer lange Strecke der östlichen Nordsee pendeln.

Ein erheblicher Verkehrsanstieg wird auch zwischen der schwedischen Handelsmetropole Göteborg und dem norddänischen Tiefwasserhafen Frederikshavn für die bevorstehenden Sommermonate erwartet. 220.000 Fahrgäste waren es im letzten Jahr, die diesen Ostseeweg auf Fähren zurücklegten; 300.000 sollen es bereits in diesem Jahr werden. So ist auch hier daran gedacht, weitere Fähren einzusetzen, zumal internationale Fernexpreszüge an die Endpunkte dieser Fährroute gelegt worden sind.

Aufklärung in Rentenfragen

G.H. - In einer von der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte anlässlich ihres fünfjährigen Bestehens herausgebrachten Schrift wird darauf hingewiesen, daß das Bedürfnis nach Aufklärung über versicherungsrechtliche Fragen nie größer war, als seit der Verkündung der Gesetze über die Neuordnung der sozialen Rentenversicherung. Die Kompliziertheit der Gesetze und die darauf beruhende schwierige Rentenberechnung veranlaßte viele Versicherte, sich Rat und Auskunft "bei den dazu berufenen Stellen" zu holen - oder auch, was nicht erwähnt wird, sich an einen mehr oder weniger fachkundigen privaten "Rentenberater" zu wenden.

Die Schrift weist aber auch auf die "für bestimmte Orte und Bezirke" eingesetzten Versicherungsältesten und Vertrauensmänner hin, denen ebenso wie innerhalb der Knappschaftsversicherung die Aufgabe zufällt, "als echte Mittler zwischen Verwaltung und Versicherten einen möglichst engen Kontakt zu den Versicherten und deren Arbeitgebern zu schaffen."

Je 1200 Versichertenälteste und Vertrauensmänner wurden bereits 1955 in dieses Ehrenamt berufen, 1958 wurden 1200 Versichertenälteste zusammen mit der Versichertengruppe der Vertreterversammlung neu gewählt. In mehreren Arbeitstagungen hat die BfA besonders nach Verkündung des Rentenneuordnungsgesetzes ihren ehrenamtlichen Helfern das Rüstzeug für ihre Arbeit vermittelt. "Auch in Zukunft wird auf diesem Gebiet viel zu tun übrig bleiben, weil die neue Gesetzgebung viele Auslegungsmöglichkeiten zuläßt, die zum Teil erst durch sozialgerichtliche Entscheidungen geklärt werden müssen."

Zu den Aufgaben der ehrenamtlichen Helfer, die regelmäßig Sprechstunden durchführen, gehört u.a. die Unterrichtung der Versicherten über versicherungsrechtliche Fragen, Hilfe bei der Stellung des Rentenanspruches und im Schriftverkehr mit den Versicherungsträgern und -behörden. Sie sind beim Ersatz fehlender Unterlagen behilflich und weisen in schwierigen Fällen auf authentische Auskunftsstellen hin.

Angesichts des Umstandes, daß es der Gesetzgeber noch nicht für richtig gefunden hat, eine ähnliche Einrichtung auch für den Bereich der Arbeiter-Rentenversicherung zu schaffen, drängt sich die Frage auf, ob etwa die Versicherten dieses Sozialversicherungszweiges besser Bescheid wissen als die Angestellten.

Die Landesversicherungsanstalten bemühen sich seit Jahren durch die Herausgabe von Aufklärungsschriften oder auch durch eigene Nachrichtentblätter aufzuklären. Freilich kann man bei der Millionenzahl der Sozialversicherten nicht jedem ein Merkblatt, eine Broschüre oder eine Zeitschrift "Frei Haus" senden. Mit der Herausgabe "am Schalter" oder mit einer Zufallsstreuung ist aber kaum eine wirksame Aufklärung zu erzielen. Die Aufklärungszeitschrift muß vielmehr einen ständigen Empfängerkreis haben. Sie muß an Unterverteiler gelangen, die sie entweder an Interessenten weitergeben oder ihren Inhalt bei passender Gelegenheit (Betriebsversammlungen usw) erläutern. Ein solcher Interpret wäre eben der Vertrauensmann. Ein Stamm von Vertrauensmännern - regelmäßig geschult durch die Versicherungsträger - erst würde garantieren, daß die für Aufklärung bereitgestellten Mittel ihren Zweck erfüllen. Die Versicherung würde volkstümlicher werden. Auch nach der Einführung der Selbstverwaltung haftet der Sozialversicherung noch immer das Odium an, Behördencharakter zu haben oder - wie es in der Polemik heißt - "fiskalisch" zu handeln.

Der angeschnittene Fragenkomplex der wirksamen Aufklärung erhält jetzt eine besondere Bedeutung dadurch, daß der Gesetzgeber die Auskunfts- und Aufklärungspflicht der Versicherungsträger gesetzlich festgelegt hat.

+ + +
verantwortlich: Günter Markscheffel